

# PRESSEMITTEILUNG

## PRESSEMITTEILUNG

Sozialpolitik

Nr. 032/16 vom 21. Januar 2016

### **Katja Rathje-Hoffmann zu TOP 45: Wo bleibt Frau Alheits seit drei Jahren angekündigte Ausbildungskampagne**

Es gilt das gesprochene Wort  
Sperrfrist Redebeginn

Haben Sie herzlichen Dank für Ihren mündlichen Bericht. Bereits im Dezember konnten wir uns durch den vorgestellten Landespflegebericht einen Überblick über die Situation in der Pflege verschaffen. Es gibt kaum einen Bereich, wo sich die demographischen Veränderungen so deutlich zeigen, wie im Bereich der Pflege.

Dieser Bereich und ganz besonders der Altenpflegebereich, entwickelt sich zu einem wahren Job-Motor, was sehr erfreulich ist. An die 40.000 Arbeitsplätze - mit ansteigender Tendenz - bietet dieses Berufsfeld. Allerdings mit dem Haken, dass nur etwa 20 Prozent davon in Vollzeit arbeiten und die großen Mehrheit in verschiedenen Teilzeitmodellen.

Warum das so ist, hat sehr viele Gründe.

- weitere familiäre Verpflichtungen, z.B. die Betreuung von Kindern oder die Pflege der Angehörigen
- nicht genügend Vollzeitstellen
- Belastung in Vollzeit zu hoch

Die demographischen Veränderungen lassen sich auch in der Anzahl der

Personen ableiten, die Leistungen aus der Pflegekasse beziehen. In Schleswig-Holstein erhalten vorwiegend 87.800 ältere Menschen Leistungen aus dieser Kasse. Zum Vergleich waren es 2001 noch 14 % weniger. Das täuscht aber nicht darüber hinweg, dass diese Zahlen bei der aktuellen Bevölkerungsentwicklung eigentlich höher sein müssten als jetzt angegeben. Das bedeutet im Umkehrschluss, dass die Zunahme der Pflegebedürftigkeit im Alter seit 2001 abgenommen hat, da im gleichen Zeitraum die Altersgruppe der Generation 75 plus um stolze 35 Prozent angestiegen ist.

Ein Fazit aus diesem Bericht der Landesregierung ist daher: In Schleswig-Holstein hat sich das Risiko verringert, im Alter pflegebedürftig zu sein. Das ist prinzipiell eine gute Nachricht aus diesem Bericht für unsere insgesamt alternde Bevölkerung. Allerdings mit einer eher ernüchternden Ausnahme.

Und zwar, dass Demenz bei etwa 40 Prozent der Pflegebedürftigen festgestellt wird. Hier in diesem Bericht wird ganz deutlich aufgezeichnet, dass wir uns als Gesellschaft und damit verknüpft auch als Parlament, intensiver mit den Auswirkungen und den damit verbundenen Bedarfen auseinandersetzen müssen.

Dieser Wandel hat Auswirkungen und das müssen wir im Blick haben, wenn sich die geburtenstarken Jahrgänge von 1955 bis 1965 dem Rentenalter nähern. Und das sind hier die meisten von uns!

Die Pflege älterer Menschen wird auch künftig hauptsächlich von zu Hause aus durch Ehepartner, Kinder, andere Verwandte und Freunde und Bekannte durchgeführt werden. Das entspricht auch dem größten Wunsch der älteren Menschen. Die Sicherstellung einer qualitativ hochwertigen und finanzierbaren Pflege ist für uns als Gesellschaft und als politisch Handelnde höchst wichtig.

Die in diesem und im vergangenen Jahr in Kraft getretenen Pflegestärkungsgesetze Eins und Zwei, sowie das Pflegezeitgesetz und das kommende Pflegeberufegesetz bringen weitgehende Verbesserungen und Veränderungen auf den Weg, die dringend notwendig waren.

Dabei spielen die Anforderungen an die informelle Pflege und die ambulante Pflege eine wichtige Rolle. Pflegenden Angehörige müssen in die Lage versetzt werden zu helfen und zu assistieren, ohne selbst in die Gefahr der Überlastung zu geraten. Wir sagen:“ Die Pflege der Angehörigen darf die Pflegenden nicht selbst krank machen und überfordern.“

Gerade hier sind wir künftig noch viel mehr gefordert, wenn es darum geht,

eine ausreichende Zahl von Angeboten für die Pflegebedürftigen anzubieten. Auch Angebote der Tages- und Nachtpflege sowie der Kurzzeit- und Verhinderungspflege sind wichtige Komponenten. Gerade sie ermöglichen es, dass pflegende Angehörige dringend notwendige Erholungsphasen zur Gesunderhaltung und Entspannung nutzen können.

Zudem müssen wir uns Gedanken über andere und neue Wohnkonzepte im Alter machen. Über Wohnformen, die passen und die an die körperlichen Bedürfnisse adaptiert sind. Menschen, die in stationäre Pflegeeinrichtungen wechseln, sind zunehmend häufiger älter und damit verbunden auch morbider.

Hier hilft die bessere Differenzierung durch die neue Definition des Pflegebedürftigkeitsbegriffs, der auch die Demenzerkrankung besser berücksichtigen wird.

Dreh- und Angelpunkt in der Pflege wird in Zukunft jedoch die Personalsituation sein. Wir brauchen Pflegekräfte, die auch Zeit für die zumeist alten Menschen haben und fachgerecht, entsprechend ihren Aufgaben gut ausgebildet werden. Hier warten wir seit Beginn dieser Koalition in Schleswig-Holstein auf die angekündigte Ausbildungskampagne der Landesregierung. Der Bund hat seine Hausaufgaben gemacht – nur Sie noch nicht Frau Alheit. Liefern Sie endlich!